Ressort: Politik

Bafög-Aufstockung kostet den Bund zwei Milliarden Euro

Berlin, 21.12.2018, 07:19 Uhr

GDN - Der Bund will in den nächsten vier Jahren insgesamt knapp zwei Milliarden Euro für eine Erhöhung des Bafög ausgeben. Das geht aus dem Referentenentwurf für die Bafög-Reform hervor, über den das "Handelsblatt" berichtet.

Konkret soll der Bafög-Höchstsatz ab dem Wintersemester 2019 in zwei Jahres-Stufen um sieben Prozent von derzeit 735 auf dann 811 Euro monatlich erhöht werden. Angehoben wird wegen der steigenden Mieten vor allem die darin enthaltende Wohnpauschale von 250 auf 325 Euro. Die Freibeträge für das Einkommen der Eltern steigen um insgesamt neun Prozent: für verheiratete von 1.785 auf 1.870 Euro und für Alleinerziehende von 1.145 auf 1.250 Euro. Der Freibetrag für das Einkommen der Studierenden selbst bleibt bei 290 Euro, der für Kinder steigt von 520 auf 565 Euro. Die Reform soll dafür sorgen, dass das Bafög "seine zentrale Bedeutung für die Chancengerechtigkeit in der Bildung und damit für eine breite Bildungsbeteiligung behält", heißt es im Gesetzentwurf. Hintergrund ist, dass das Bafög immer weniger Studierende erreicht: Zuletzt erhielten von insgesamt 2,8 Millionen Studierenden 377.000 Bafög – 2012 waren es bei nur 2,4 Millionen Studenten noch 440.000. Neben den Bedarfssätzen und Freibeträgen wird auch die Rückzahlung "sozialer gestaltet": Die reguläre monatliche Mindest-Rückzahlungsrate steigt nach Jahrzehnten erstmals von 105 auf 130 Euro. Wer es aber trotz redlicher Anstrengung nicht innerhalb von 20 Jahren schafft, den Darlehensanteil von 50 Prozent zurück zu zahlen, dem wird der Rest erlassen. Jeder muss zudem nur maximal 77 Raten zahlen - also in der Regel 10.000 Euro. Das gilt allerdings auch für diejenigen, denen wegen geringem Einkommen eine niedrigere Tilgung erlaubt wird. Andererseits wird der Zinsvorteil für schnellere Tilgung gesenkt. Denn davon profitieren vor allem Gutverdiener.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-117316/bafoeg-aufstockung-kostet-den-bund-zwei-milliarden-euro.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619